BWE

Windkraftschwund gefährdet Standort

[30.10.2019] Der Bundesverband WindEnergie befürchtet durch den mangelnden Ausbau der Windkraft an Land eine Gefährdung des Industriestandorts Deutschland.

Die Bundesregierung hat das Ausbauziel für Windenergie an Land im Klimaschutzprogramm 2030 von ursprünglich 80 Gigawatt auf 67 bis 71 GW abgesenkt. In einer schriftlichen Antwort der Bundesregierung wird diese Maßnahme mit einem geringeren Strombedarf im Jahr 2030 begründet. Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie, bezweifelt diese Annahme und sieht Deutschland auf eine Ökostromlücke zusteuern, die Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit bedrohe. „Die Bundesregierung will die Sektoren Mobilität, Wärme und Industrie bis 2030 verstärkt elektrifizieren und den CO2-Ausstoß dieser Sektoren so deutlich reduzieren. Darüber hinaus besteht das Ziel, den Anteil der Erneuerbaren im Strombereich von derzeit knapp über 40 auf 65 Prozent zu erhöhen. An diesen Zielsetzungen orientiert sich die deutsche Industrie mit massiven, sektorübergreifenden Investitionsentscheidungen zugunsten grüner, CO2-freier Technologien“, so Albers. Führende Unternehmen der deutschen Industrie, gerade auch in der Automobilindustrie, verfolgten langfristige Dekarbonisierungsstrategien. Sie seien nun auf eine sichere Stromversorgung aus erneuerbaren Energien angewiesen. Dass die Bundesregierung trotz der vorgezeichneten Entwicklungen von einem sinkenden Strombedarf ausgehe, zeige politische Kurzsichtigkeit und bedeute de facto eine Aufgabe der eigenen Ziele für 2030.
Das Ausbauziel der Windenergie dürfe nicht reduziert werden, sonst drohe eine Ökostromlücke bis 2030. Es brauche im Gegenteil jetzt Maßnahmen, die gewährleisten, dass die Ausschreibungsvolumen aus dem EEG 2017 und dem Energiesammelgesetz auch gefüllt werden können. Eine Rücknahme dieser Volumina entwerte die Investitionen deutscher Unternehmen. Das schade neben den Verwerfungen in der Wertschöpfungskette der deutschen Windenergie auch der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

(ur)

Stichwörter: Windenergie, BWE, Politik